



Die US-amerikanischen Wahlen: Aussichten für eine neue amerikanische Außenpolitik

Richard E. Rubenstein¹

- Alle Präsidentschaftskandidaten – die Republikanischen ebenso wie die Demokratischen – werten die Außenpolitik der Regierung Bush als Misserfolg und haben das gleiche Ziel im Auge; eine Kursänderung in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten vorzunehmen.
- Je nach Parteizugehörigkeit nehmen die Kandidaten eine unterschiedliche Haltung zum Irakkrieg ein. Die Demokraten versprechen, sogleich mit dem Abzug der Truppen zu beginnen, während die Republikaner versichern, dass sie damit warten wollen, bis der Krieg "gewonnen wurde".
- Ob Demokrat oder Republikaner, der/die neue Präsident/in wird auch weiterhin Amerikas einzigartige Rolle als militärische und diplomatische Macht betonen und von dieser Grundannahme nicht abweichen.
- Der Ton in der US-amerikanischen Außenpolitik wird sich unabhängig von der Parteizugehörigkeit des/der neuen Präsidenten/in ändern. An den unverhältnismäßig hohen Militärausgaben wird sich jedoch nichts ändern, was der Betonung friedlicher Konfliktlösung in den Wahlkampfreden widerspricht.

Die außenpolitischen Maßnahmen voraussehen, welche die Präsidentschaftskandidaten nach der Amtsübernahme ergreifen werden, entspricht in etwa dem Versuch, den Verlauf einer Ehe anhand der Trauungszeremonie vorherzusagen. Was innenpolitische Themen wie die Reform der Krankenversicherung oder Steuerreformen anbe-

langt, deuten im Allgemeinen die Programmwürfe der Kandidaten zumindest an – auch wenn sie vage und kaum durchführbar sind – welche Ziele sie nach der Amtsübernahme anstreben. Die außenpolitische Arena ist jedoch traditionsgemäß parteiübergreifend, und Politiker hüten sich davor, sich auf eine spezifische außenpoliti-

sche Linie festzulegen, insbesondere wenn diese erhebliche Richtungsänderungen in der amerikanischen Außenpolitik beinhaltet. In der Vergangenheit haben Präsidentschaftskandidaten – von Adlai Stevenson bis John Kerry – die Erfahrung machen müssen, dass es ihnen den politischen Todesstoß versetzt, wenn sie als unentschlossen, naiv, nicht nationalistisch genug oder als "weich" hinsichtlich der Sicherheitsbedrohung Amerikas gelten. Deshalb vermeiden sie Aussagen zu spezifischen Programmen und greifen lieber auf staatsmännisch klingende Erklärungen, eine patriotische Haltung und wohlklingende Parolen zurück. Es ist daher sehr riskant, das politische Handeln eines Kandidaten nach gewonnener Wahl vorherzusagen.²

(Un)gewohnte Einigkeit? Übereinstimmung zwischen Demokraten und Republikanern

In diesem Wahljahr trifft man eine außergewöhnliche Situation an, da der aus dem Amt scheidende Präsident in Misskredit geraten ist; seine Zustimmungsraten haben einen historischen Tiefstand erreicht und seine gesamte Außenpolitik wird von den Kandidaten beider Parteien als Misserfolg betrachtet. Obwohl Demokraten und Republikaner bezüglich der Legitimität und Durchführung des Irakkriegs unterschiedlicher Auffassung sind (ein Thema, das an späterer Stelle diskutiert wird), beklagen alle Spitzenkandidaten den weltweiten Prestigeverlust der Vereinigten Staaten, die Schwächung traditioneller Bündnisse, Amerikas geschwächte Stellung als führende globale Wirtschaftsmacht, den Fortbestand des gegen die westliche Welt gerichteten Terrorismus und das Auftauchen neuer Bedrohungen gegen "amerikanische Interessen" in der muslimischen Welt und anderswo. Ob die allgemeine Übereinstimmung, dass dieser Zustand geändert werden muss, zu wesentlichen politischen Kursänderungen führen wird und welcher Art diese Veränderungen voraussichtlich sein werden, sind Fragen, über die man nachdenken sollte. Die

Kandidaten sind aber kaum dazu geneigt, uns detaillierte Antworten zu geben.

Der Republikanische Spitzenkandidat, der wenig Veranlassung sieht, den amtierenden Republikanischen Präsidenten zu loben, ist der Ansicht, dass Kursänderungen vorgenommen werden müssen. "Meinungsumfragen lassen erkennen, dass das Ansehen der Vereinigten Staaten derzeit geringer ist als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt in der Geschichte, und die Auffassung, dass Amerika lediglich seine eigenen Interessen verfolgt, breitet sich in zunehmendem Maße aus", erklärte John McCain, der Präsidentschaftskandidat der Republikaner. Deshalb fordert er, dass wir uns bemühen müssen, "unseren Ruf als führende Weltmacht wiederherzustellen, unsere moralische Glaubwürdigkeit wiederzugewinnen und jene gestörten Beziehungen neu aufzubauen, die einst so viel Gutes an so vielen Orten bewirkt haben".³ Diese Kritik unterscheidet sich nicht wesentlich von der Hillary Clintons: "Die Tragödie der letzten sechs Jahre besteht darin, dass die Regierung Bush sogar den Respekt, die Hoffnung und das Vertrauen unserer engsten Verbündeten verspielt hat"⁴; oder von der Barack Obamas, der die Außenpolitik der Regierung als "tragischen Irrtum" bezeichnete.⁵

Andere Republikaner halten sich mit ihrer Kritik etwas mehr zurück und greifen Bush nicht ganz so direkt an, aber ihre indirekte Kritik unterscheidet sich im Grunde nicht von der McCains oder von jener der Demokraten. Alle befürworten die Modernisierung und die Aufrüstung der amerikanischen Streitkräfte, die "Neubelebung" der amerikanischen Diplomatie, die Stärkung der strapazierten Bündnisse, die Umorganisation der zivilen Behörden, die für die Außenpolitik verantwortlich sind sowie die Einrichtung neuer multilateraler Institutionen für den Ressourcentransfer in Entwicklungsländer – insbesondere solche mit "gemäßigten" Führern und Institutionen in der muslimischen Welt.⁶ McCain betont vor allem die Wiederbelebung des Bündnisses mit Europa: "Mit

Europa verknüpfen uns einzigartige Bande, was Geschichte, Wertvorstellungen und Interessen anbelangt. Leider wurden diese strapaziert. Als Präsident wird es eine meiner höchsten Prioritäten sein, die transatlantische Partnerschaft neu zu beleben". Diese Äußerungen unterscheiden sich nicht von denen Hillary Clintons: "Wir müssen unsere traditionelle Beziehung mit Europa, die durch gegenseitiges Vertrauen und gemeinsame Verantwortung gekennzeichnet war, wiederherstellen".

Meinungsverschiedenheiten zwischen Demokraten und Republikanern

In der Außenpolitik bestehen natürlich gewichtige Unterschiede zwischen den Kandidaten – insbesondere was den Irakkrieg anbelangt. Die Demokraten vertreten einstimmig die Meinung, dass der Krieg ein Irrtum und unnötig war und obendrein schlecht durchgeführt wurde. Sie versprechen, mit dem Abzug der Kampftruppen aus dem Irak in ihrem ersten Amtsjahr zu beginnen. Die Republikaner hingegen erklären, dass der Abzug der meisten Truppen erst nach "gewonnenem" Krieg beginnen kann – d.h. bis das Ausmaß an Gewalt so weit reduziert ist, dass sichergestellt ist, dass die irakische Armee und Polizei die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten können. Aber auch hier muss man sich davor hüten, die Unterschiede zwischen den Kandidaten über zu bewerten.

Ebenso wie ihre Demokratischen Rivalen wissen die Republikaner sehr wohl, dass der Krieg mittlerweile bei den Wählern sehr unpopulär geworden ist. Nachdem sie verkündeten, die Truppenverstärkung ("surge") des letzten Jahres sei ein Erfolg gewesen, haben sie der sofortigen Reduzierung einiger Kampftruppen zugestimmt und gleichzeitig versichert, sie seien entschlossen, von der irakischen Regierung die Einlösung ihrer Versprechen einzufordern: Aussöhnung mit der sunnitischen Bevölkerung, gerechte Verteilung der Öleinkünfte und Übernahme der Verantwortung für die innere Sicherheit.

Die Demokraten sind gegen einen "unverantwortlichen" Truppenabzug. Im Gegensatz zu dem Kongressabgeordneten Dennis Kucinich, dem ausgeschiedenen Demokratischen Präsidentschaftskandidaten, der sich für einen sofortigen und bedingungslosen Truppenabzug aussprach, haben sowohl Obama (der von vornherein gegen den Krieg war) und Clinton (für die das nicht zutrifft) im Senat für die Weiterfinanzierung der Besatzung gestimmt. Ferner sprechen sich beide Kandidaten zwar nicht für permanente Militärbasen im Irak aus, aber sie befürworten eine fortdauernde Militärpräsenz, um Diplomaten und Zivilangestellte zu schützen, zur Ausbildung und Unterstützung der irakischen Armee beizutragen und den Kampf gegen jene Terroristen, die im Stil von al-Kaida operieren, weiterzuführen.

Die Behauptung der Zeitschrift *The Economist*, dass "die Demokraten größere Anstrengungen unternehmen würden, mehr Truppen schneller nach Hause zu bringen" trifft wahrscheinlich zu.⁷ Aber man kann sich ohne weiteres Situationen vorstellen, in denen ein(e) neu gewählte(r) demokratische(r) Präsident/in entscheiden könnte, die Truppen nicht "überstürzt" abzuziehen, oder ein neu gewählter Republikanischer Präsident sich weigern könnte, sein Versprechen einzuhalten, "den Kurs beizubehalten". Was würde geschehen, falls Muktada al-Sadr schlagkräftige al-Mahdi-Armee ihren bewaffneten Kampf wieder aufnimmt und die Regierung al-Maliki scheitert? Würde Präsident Obama oder Präsidentin Clinton dem Irak und seinen gewaltigen Ölquellen den Rücken kehren? Würde Präsident McCain noch mehr Truppen in einen eskalierenden, möglicherweise endlosen Krieg entsenden?

Wir müssen gestehen, dass wir keine Antworten auf diese Fragen geben können, denn in den außenpolitischen Formulierungen der Kandidaten bleiben strukturelle Fragen unerwähnt, und ihre Aussagen sind vage. Das Problem besteht darin, dass weder die Kandidaten der einen noch der anderen Partei (mit Ausnahme des ausge-

schiedenen Kandidaten Kucinich) versucht haben, die dem Irakkrieg und anderen imperialen Fehlschlägen der jüngsten Vergangenheit zugrundeliegenden Ursachen zu identifizieren und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Im Allgemeinen werden rein subjektive Fehler für den Rückgang von Amerikas Einfluss und Ansehen verantwortlich gemacht: eine von Irrtümern gekennzeichnete Gesinnung oder Philosophie der Bush-Regierung und ihrer neokonservativen Anhänger.

Die einzigartige Nation: Keine wirklich veränderte Rhetorik?

Die Demokraten kritisieren Bushs "Unilateralismus" und sein übermäßiges Vertrauen in militärische Lösungen für politische Probleme. Der ausgeschiedene Republikanische Präsidentschaftskandidat Mike Huckabee räumte ein: "Die arrogante Bunkermentalität der Regierung Bush hat sich im In- und Ausland als kontraproduktiv erwiesen".⁸ Alle Kandidaten versichern, dass sie der traditionellen Diplomatie größeren Respekt zollen werden, mehr Zurückhaltung hinsichtlich des Einsatzes militärischer Mittel üben wollen und aufgeschlossener für die Interessen und Bedürfnisse anderer Völker sein werden. Aber das zentrale Thema – das amerikanische Streben nach globaler Hegemonie und die Kontrolle über die wichtigsten Rohstoffquellen – wird durch Parolen wie "Führungsrolle" und das quasi-religiöse Pochen auf Amerikas einzigartig tugendhafter Rolle in der Welt übertüncht.

Diese Haltung erwartet man von den Republikanern mit ihrer großen Anhängerschaft im Lager der konservativ-religiösen Nationalisten. Der ehemalige Republikanische Präsidentschaftskandidat Romney zitierte beifällig die Aussage von Shimon Peres zur Rolle der Vereinigten Staaten im Irak: "Man muss das in den richtigen Kontext stellen. Amerika ist einzigartig in der Weltgeschichte. Im letzten Jahrhundert gab es nur eine Nation, die bereit war, das Leben von Hunderttausenden ihrer eigenen Söhne und

Töchter aus reiner Selbstlosigkeit zu opfern". "Wir sind eine außergewöhnliche Nation", pflichtet der gekürte Republikanische Kandidat McCain bei, "wir repräsentieren eine nie zuvor erreichte Annäherung an die Vorstellung von der 'leuchtenden Stadt auf dem Hügel'". Auch die Demokraten schlagen ähnliche Töne an. Barack Obama meint (unter zustimmendem Kopfnicken Clintons): "Die Stunde Amerikas ist nicht vorbei, aber sie muss aufs Neue genutzt werden. Wer glaubt, Amerika sei in einem Stadium endgültigen Niedergangs, ignoriert Amerikas große Verheißung und geschichtliche Aufgabe in der Welt".

Natürlich kann man dies als bloße Wahlkampfparolen abtun, die darauf abzielen, einer desillusionierten Wählerschaft neuen Auftrieb und Inspiration zu geben. Allerdings vermittelt diese Art wohldurchdachter Vieldeutigkeit gleichzeitig eine wirkungsvolle, unterschwellige Botschaft: Die Vereinigten Staaten sind eine einzigartige Nation, die eine besondere Rolle auf der Weltbühne spielt. Alle Kandidaten – unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit oder ihrem Weltbild – betrachten die Zeit des Kalten Krieges als das Goldene Zeitalter, in dem Amerikas Macht unangefochten war und die Vereinigten Staaten auf der ganzen Welt respektiert wurden. Ob Republikaner oder Demokrat, die selbsterklärte Mission aller Kandidaten ist es, diese verloren gegangene Vormachtstellung wiederherzustellen.

Daraus resultiert eine Art politische Schizophrenie: Wir streben mehr Diplomatie und Multilateralismus an, aber wir beanspruchen die "Führungsrolle". Wir wollen friedfertiger sein, aber wir müssen die Größe und Kapazität der tödlichsten Streitkräfte der Welt erweitern. Im Gegensatz zu seinen Republikanischen Parteifreunden lehnt McCain jede Form von Folter ab, unterstützt aber tatkräftig einen Krieg, der das Leben im Irak für Millionen unschuldiger Zivilisten unerträglich macht. Obama forderte seine Demokratischen Kollegen heraus, indem er erklärte, er werde diplomatische Gespräche sowohl mit

Amerikas Gegnern als auch mit seinen Verbündeten führen. Als seine Rivalen ihn jedoch als "naiv" bezeichneten, entgegnete er, er werde vor unilateralem Waffengebrauch nicht zurückschrecken, falls jemand "unsere vitalen Interessen unmittelbar bedroht". Clinton beharrt auf dem Standpunkt, dass Diplomatie und Krieg Teil der gleichen Strategie sind. "Manchmal bedarf es des Einsatzes von Macht und manchmal von diplomatischen Mitteln; wenn beide angemessen eingesetzt werden, können sie sich gegenseitig befruchten".

Kurz gesagt, man findet so gut wie keine Anzeichen, dass einer der Kandidaten die Möglichkeit einer multilateralen oder nicht-hegemonialen Weltordnung als Alternative zur amerikanischen Vormachtstellung in Erwägung zieht.⁹ Unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit und ihrer Weltanschauung akzeptieren alle die Hobbes'sche Vorstellung, dass Anarchie die Alternative zur politischen Vormachtstellung einer einzelnen Großmacht ist. Dieser einseitigen Perspektive erliegen sogar liberale Intellektuelle wie der Herausgeber der Zeitschrift *Foreign Policy*, der in einer vor kurzem erschienenen Ausgabe behauptete, die führenden Politiker in der Welt hätten "Hunger auf Amerika", da sie erkannt hätten, dass

... die Vereinigten Staaten zwar manchmal mit Härte vorgehen, dass die Alternativen aber viel schlimmer sind. Nur wenige wünschen sich eine Weltbühne unter der Regie autokratischer Regime wie Russland oder China. Europa ist ineffektiv und kommt daher für eine führende Rolle kaum in Frage. Neben diesen Alternativen sind – abgesehen von einem Leben in einem anarchischen Vakuum – kaum andere Möglichkeiten zu erkennen.¹⁰

Dieses düstere Weltbild, dem alle Kandidaten beipflichten, betrachtet nicht nur alle Alternativen zur amerikanischen Vorherrschaft als Utopien, sondern es verneint auch

die Möglichkeit, dass Diplomatie mehr sein kann als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Die Vorstellung, dass Diplomaten und unabhängige Vermittler helfen können, die Auseinandersetzungen zwischen Konfliktparteien zu *transformieren*, indem sie die zugrundeliegenden Ursachen des Konflikts identifizieren und abschwächen, gehört nicht zum intellektuellen Rüstzeug der Kandidaten. Der Grund hierfür mag sein, dass sie nicht erkennen wollen, dass gerade das Streben nach Hegemonie selbst die zugrundeliegende Ursache für Gewalt ist. Daher kann man nur schwer einschätzen, was von ihren Versprechen, wieder auf traditionelle diplomatische Mittel zurückgreifen zu wollen und militärische Gewalt nur als "letztes Mittel" einzusetzen, zu halten ist. Vergeblich sucht man in ihren Reden nach neuen kreativen Problemlösungsansätzen hinsichtlich Israel/Palästina, Iran, Afghanistan, Pakistan, China, Russland, Venezuela und anderer Nationen oder Völker, die sich tatsächlich oder potentiell mit der "Stadt auf dem Hügel" im Konfliktzustand befinden.

Zukunftsprognosen

Aufgrund der hier vorgebrachten Argumente kann man meines Erachtens zwei Vorhersagen treffen. Erstens wird die neue Regierung in Washington einen gemäßigeren Ton anschlagen und den Schwerpunkt der amerikanischen Außenpolitik verlagern. Der/die neue Präsident/in, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, wird versuchen, in stärkerem Maße diplomatische Mittel einzusetzen und von militärischer Gewalt mit mehr Bedacht Gebrauch machen als die Regierung Bush. Er/sie wird sich um den Wiederaufbau der strapazierten Bündnisse bemühen, mehr Bereitschaft zeigen, sich an multilateralen Initiativen zu beteiligen und wird den amerikanischen Beitrag zu internationalen Entwicklungsbemühungen erhöhen. Die Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Außenministerium, der CIA und dem Verteidigungsministerium werden auch weiterhin bestehen, aber die neue Regierung wird

wahrscheinlich versuchen, den Ansichten des Außenministeriums mehr Gewicht beizumessen. (Aber man muss bedenken, dass man von den Demokraten, die Präsident Bush vorwerfen, er habe versagt, weil es ihm nicht gelungen ist, Osama bin Laden festzunehmen und das al-Kaida-Netzwerk zu zerschlagen, kaum erwarten kann, dass sie die CIA zügeln und die Spezialeinheiten des Verteidigungsministeriums in Schranken halten werden).

Zweitens werden diese Veränderungen zwar mehr als nur oberflächlicher Schein sein, aber sie werden keinen grundlegenden Wandel bringen. Die Hauptgründe hierfür wurden schon erwähnt. Die Anstrengungen, welche die neue Regierung unternehmen wird, Amerikas Hegemonie zu erhalten, werden unweigerlich ihre Intentionen untergraben, mehr Gewicht auf gemeinschaftliche und friedliche Zusammenarbeit in der Welt zu legen – es sei denn, der/die zukünftige Präsident/in wird sich insgeheim ein neues Paradigma der globalen Gesellschaft zu eigen machen (grundsätzlich möglich, aber nicht sehr wahrscheinlich). Was manche als "kluge Macht" bezeichnen, ist nichts weiter als eine Variante des alten Denkmusters und birgt die gleichen Widersprüche. Es ging nie um die Frage, ob Präsident Bush dumm ist, wie viele seiner Kritiker behaupten, sondern das Problem ist, dass sein Denken in überholten imperialen Konzepten und Methoden verhaftet ist.

Das heißt nicht, dass wir keine Hoffnung haben. Die Zeit wird kommen, vielleicht schon bald, wenn die amerikanische Bevölkerung und ihre politischen Führer gezwungen sein werden zu erkennen, dass die Kosten für die angestrebte Aufrechterhaltung der militärischen und politischen Vormachtstellung der Vereinigten Staaten in einem Zeitalter beispielloser Globalisierung und Vielgestaltigkeit untragbar sind. Es ist eher diese Möglichkeit, denn ein Wechsel des Amtsinhabers im Weißen Haus, die möglicherweise zu signifikanten Veränderungen

in den internationalen Beziehungen Amerikas führen wird.

Washington, DC – 11. März 2008

Übersetzung: Niels T. Clegg

Die hier dargestellte Position des Autors spiegelt nicht zwangsläufig die Position der FES wider.

¹ Richard E. Rubenstein ist Universitätsprofessor für Conflict Resolution und Public Affairs am Institute for Conflict Analysis and Resolution der George Mason University in Virginia.

² Einige Beispiele: Woodrow Wilson wurde 1916 als Präsident wiedergewählt, weil er sich als Kandidat präsentierte, der für Neutralität im Ersten Weltkrieg eintrat. ("Er hat uns aus dem Krieg herausgehalten", lautete seine berühmte Wahlkampfparole). "Eure Jungs werden nicht in einen ausländischen Krieg geschickt", versprach 1940 Franklin D. Roosevelt. 1964 gewann Lyndon Johnson die Wahl gegen Barry Goldwater, einen Militaristen, weil er den Wahlkampf als "Friedenskandidat" führte. Ein Jahr später setzte er 500.000 amerikanische Soldaten in Vietnam ein. Und acht Jahre später flog Richard Nixon, die selbsterklärte Nemesis des internationalen Kommunismus, nach Peking, um mit Mao Tse-tung und Tschou En-lai Frieden zu schließen.

³ John McCain: "An Enduring Peace Based on Freedom", *Foreign Affairs*, November-Dezember 2007.

⁴ Hillary Clinton: "Security and Opportunity for the 21st Century", *Foreign Affairs*, November-Dezember 2007.

⁵ Barack Obama: "Renewing American Leadership", *Foreign Affairs*, Juli-August 2007.

⁶ Siehe auch Mitt Romney: "Rising to a New Generation of Global Challenges", *Foreign Affairs*, Juli-August 2007.

⁷ "The World in Their Hands: How the Candidates Would Handle the Rest of the World", *The Economist*. 27. November, 2007.

⁸ Mike Huckabee: "America's Priorities in the War on Terror", *Foreign Affairs*, Januar-Februar 2008.

⁹ Zum Versuch eines Nichtkandidaten, Fragen zum Multilateralismus – oder zumindest zu einem "Trilateralismus" – zu erörtern, siehe Parag Khanna: "Waving Goodbye to Hegemony", *The New York Times Magazine*, S. 34 ff.

¹⁰ Moises Naim: "Hungry for America", *Foreign Policy*, Januar-Februar, 2008, S. 111-112.